

An alle
Mitglieder und Mitgliedsverbände
und Freunde der LAGS Bremen

Bremen, den 20.06.2016

Sehr geehrte Damen und Herren, heute berichten wir über den 24. Protesttag

24. Bremer Protesttag am 3. Mai 2016

Im Rahmen des Europäischen Protesttages gegen Diskriminierung behinderter Menschen veranstaltete der Arbeitskreis Bremer Protest in diesem Jahr den 24. Bremer Protesttag mit einem Demonstrationzug durch die Bremer Innenstadt und anschließender Kundgebung auf dem Bremer Marktplatz.

Das Motto des 24. Bremer Protesttages war:

**Einfach für alle!
Gemeinsam für
eine barrierefreie Stadt!**

Der Arbeitskreis Bremer Protest ist ein Bündnis von behinderten und nichtbehinderten Menschen und tagt einmal im Monat. Die Organisation des Protesttages erfolgt traditionell durch die Landesarbeitsgemeinschaft Selbsthilfe behinderter Menschen Bremen e.V. und dem Landesverband der Gehörlosen sowie der Werkstattträt Bremen in Zusammenarbeit mit weiteren Verbänden der Behindertenselbsthilfe. Zum Gelingen des diesjährigen Protesttages haben zahlreiche ehrenamtliche Unterstützerinnen und Unterstützer, die sich alle mit Elan in der Vorbereitungs- und Durchführungsphase ein-

gebracht haben, beigetragen. Schwerpunktmäßig beschäftigt sich der AK Protest bereits seit über drei Jahren mit dem Thema „UN-Behindertenrechtskonvention und deren Umsetzung in Bremen“.

Mehr als 300 Menschen mit und ohne Behinderung haben an dem diesjährigen Protestmarsch am 3. Mai, der durch die Bremer Innenstadt bis zum Bremer Marktplatz führte, teilgenommen.



Am Bremer Hauptbahnhof

Nicht nur die Belange und Bedürfnisse der Menschen mit Behinderungen standen im Vordergrund. Insbesondere setzten sich die Menschen mit Behinderungen für eine barrierefreie Stadt. Mit dem Protesttag sollten nicht nur Politiker und Verwaltung erreicht werden, ebenfalls sollten die Bremer Bürgerinnen und Bürger über Belange der Menschen mit Behinderung informiert

und sensibilisiert werden, um somit ein Umdenken anzuregen. Bei Wind und leichtem Regen nahm der Demonstrationzug unter Führung von Florian Grams, dem Leiter des Protestmarsches, um 12 Uhr seinen Anfang am Bremer Hauptbahnhof.



Florian Grams, Leiter des Protestmarsches

"Einfach für alle! Gemeinsam für eine barrierefreie Stadt! Unter diesem Motto steht unsere heutige Demonstration.

Seit vielen Jahren weisen wir an dieser Stelle darauf hin, dass es in der Bremer Innenstadt noch immer Geschäfte gibt, in die Menschen mit Beeinträchtigungen nur schwer hineinkommen, weil die Eingangstüren sich nicht automatisch öffnen und ein sehr hohes Gewicht haben. Neben Karstadt trifft dies auf erschreckend viele Läden zu und jede Tür, durch die Menschen aufgrund ihrer Behinderung nicht oder nur schwer hindurch kommen, ist ausgrenzend!

Wir haben uns mit unseren Demonstrationen für bessere Türen stark gemacht. Andere Menschen haben immer wieder die Verantwortlichen darauf angesprochen und Briefe geschrieben. Nun endlich hat Karstadt sich bereit erklärt, zu prüfen, ob ihr Eingangsbereich zu verbessern ist. Das ist ein Fortschritt! - Auch wenn sich bis jetzt noch nichts verändert hat, hat Karstadt doch eingesehen, dass sie uns und unsere Interessen nicht mehr einfach übergehen können! Nun werden wir genau hinsehen und prüfen müssen, ob den schönen Worten auch Taten folgen!

Trotzdem machen solche kleinen Erfolge Mut und geben Kraft für die vielen Auseinandersetzungen gegen alle Barrieren, die

es immer noch gibt. Deshalb bleiben wir deutlich und laut für eine Gesellschaft, in der niemand mehr ausgegrenzt wird und werden allen Erbauer*innen von Barrieren aller Art auf die Füße treten und rollen!", so Florian Grams.

Als Moderator des Protestmarsches äußerte er die Forderungen des Protestmarsches und forderte die Teilnehmer des Demonstrationzuges auf, eigene Positionen und Belange über den Lautsprecherwagen kundzugeben. Das Ziel einer inklusiven Gesellschaft, in der alle die gleichen Rechte haben, ist noch lange nicht erreicht. In einer inklusiven Gesellschaft begegnen sich Menschen mit und ohne Behinderung auf gleicher Augenhöhe und es existieren weder auf den Straßen noch in den Köpfen Barrieren. Um dieses Ziel erreichen zu können, muss vieles verändert und geschaffen werden.



Bremer Innenstadt

Charlotte Gerlach, Mitglied des Werkstatttrates der Elbe-Weser Werkstätten und Vertreterin der Interessen von Menschen mit Behinderung im Inklusionsbeirat in Bremerhaven und im Landesteilhabebeirat, wies ebenfalls auf die vorhandenen Barrieren hin. „Einfach für Alle. Gemeinsam für eine barrierefreie Stadt.“ So lautet das Motto der diesjährigen Kundgebung. Wie ich finde ein breites und wichtiges Themenfeld. In Städten kommen viele unterschiedliche Menschen und damit Bedürfnisse zusammen. Dadurch zeigt sich schnell, wo Menschen mit und ohne Behinderung zu „Behinderten“ gemacht werden. Denn oftmals übt die Gesellschaft mit ihren vielen Bereichen und Facetten, wie zum Beispiel Bauen und Gebäude, Kom-

munikation oder Fortbewegung zu wenig Rücksicht und sortiert so Menschen wegen ihrer Merkmale und Fähigkeiten aus. Hierdurch werden wir zu „Behinderten“ gemacht. Deshalb fordere ich alle auf die Barrieren in den Köpfen und in den Gemeinden abzubauen und mit mehr Toleranz und Akzeptanz das Schubladendenken einzustellen und mehr gegenseitige Rücksichtnahme aktiv zu leben.



Charlotte Gerlach

Das bedeutet auch, dass wir allen ermöglichen müssen am gemeinschaftlichen Leben teilzuhaben und Jede und Jeder die Möglichkeit haben muss sich einbringen zu können. Hierzu zählt auch das selbstständige Leben an dem Ort, wo man wohnt.



Am Bremer Marktplatz

Wir sollten daher bereit sein, die oder den Anderen so anzunehmen, wie er ist, und den Umgang miteinander zu lernen. Denn nur, wenn wir mit Rücksicht aufeinander zugehen und uns zeigen können, dass wir einfach so sind, wie wir sind - mit Stärken und Fähigkeiten aber auch mit Schwächen und Fehlern – dann gelingt ein gemeinschaftliches Miteinander.“

Die Bremer Werkstattbeschäftigten forderten ein ausreichendes Einkommen zum Leben. „Wir arbeiten in der Werkstatt Bremen und erhalten für unsere Arbeit ein Entgelt. Aber allein von dem Entgelt können wir nicht leben. Daher erhalten wir einen Lebensunterhalt von der Sozialbehörde. Das Entgelt wird auf die Grundsicherung zusammen mit Sonderzahlungen angerechnet. Nach einer komplizierten Berechnung bleibt uns nicht das volle Entgelt in der Tasche.



Die Bremer Werkstattbeschäftigten



Wir fordern daher ein Entgelt und auch die Sonderzahlung abzugsfrei in unsere Tasche. Folgerichtig fordern wir das Bedingungslose Grundeinkommen, so zum Beispiel 1000,- Euro netto monatlich“, so die Werkstattbeschäftigten.

Wir möchten, dass Formulare in Ämtern in leichter Sprache geschrieben werden. Desweiteren fordern wir die medizinischen Berufe auf, in Gesprächen mit Patienten einen leicht verständlichen Sprachstil zu verwenden, z.B. wenn es um ärztliche Befunde geht. Wir sehen, dass sich seit Beginn unserer Protesttage schon Einiges auf dem richtigen Weg befindet, aber – bei allem Respekt – das langt bei Weitem

noch nicht. Wir möchten dass ALLE Menschen sich untereinander verständigen können.



Redner

Darüber hinaus wurden mehr Stellplätze für Rollstühle in Bussen und Bahnen verlangt: „In den Bussen und Bahnen der BSAG sind zu wenige Stellplätze für Rollstuhlfahrer, so dass nur ein Rollstuhlfahrer in jedem Fahrzeug Platz hat. Schön wäre es, wenn es eine Möglichkeit gäbe, dass mehrere Rollstuhlfahrer in den Bussen und Bahnen Platz fänden. Es ist schwer, einen Ausflug zu machen, wenn mehrere Rollstuhlfahrer in einem Bus oder einer Bahn zusammen fahren.“

Aber auch über das bereits Erreichte wurde am Protesttag berichtet. „Nach langem Kampf und Suche nach Unterstützung gibt es jetzt einen Erfolg zu vermelden: Wir Frauen in Werkstätten und oder Wohneinrichtungen können jetzt unsere Frauenbeauftragte selber wählen, denn mit der neuen Werkstättenmitwirkungsverordnung werden uns in diesem Punkt keine Steine mehr in den Weg gelegt.

Wie schon ein alter erfahrener Werkstatt-rat immer sagte: „Wer kämpft, kann verlieren, wer nicht kämpft, hat verloren“. Also liebe Kollegen und Kolleginnen, traut euch für eure Wünsche zu kämpfen. Was wir jetzt aus der neuen Lage machen, liegt allein in unserer Hand, was wir daraus machen. Was wir noch von dem Senat fordern, ist über die Finanzierung der Vertrauensfrau nachzudenken“, so die Frauen aus den Werkstätten.

Martina Reicksmann, vom Blinden- und Sehbehindertenverein in Bremen, kritisier-

te in ihrer Rede den Referentenentwurf des Bundesteilhabegesetzes. „Mit einem guten halben Jahr Verspätung wurde heute vor einer Woche der Referentenentwurf des Bundesteilhabegesetzes veröffentlicht. Er erfüllt ganz und gar nicht unsere Erwartungen. Deshalb wendet sich der Deutsche Blinden- und Sehbehindertenverband und mit ihm der Blinden- und Sehbehindertenverein Bremen an Bund und Länder: Eine Teilhaberechtsreform, die sich den Grundsätzen der UN-Behindertenrechtskonvention verpflichtet sieht, muss die Situation behinderter Menschen spürbar verbessern – mit dem Ziel voller, wirksamer und gleichberechtigter Teilhabe.



Martina Reicksmann

Wir sind enttäuscht, dass die spezifischen Belange blinder, sehbehinderter und taubblinder Menschen in einem Reformvorhaben, das behinderten Menschen mehr Selbstbestimmung und bessere Teilhabemöglichkeiten verspricht, nicht durch bedarfsgerechte Teilhabeleistungen abgebildet werden. Wir sind zutiefst besorgt, dass mit dem Bundesteilhabegesetz Leistungseinschränkungen bei der sozialen Teilhabe in Freizeit, Kultur und Ehrenamt, bei gesundheitsbezogenen Teilhabeleistungen, bei Hilfsmittelversorgung, Bildung und Mobilität drohen. Wir kritisieren scharf, dass die Teilhaberechtsreform zunehmend auf Basis fiskalischer Erwägungen und finanzpolitischer Verteilungskämpfe verhandelt wird.

Wir fordern unter anderem:

1. Teilhabeleistungen sind Nachteilsausgleiche und keine Almosen. Um chancengleich in der Mitte der Gesellschaft le-

ben zu können, darf das Einkommen und Vermögen behinderter Menschen und ihrer Angehörigen nicht länger auf erforderliche Teilhabeleistungen angerechnet werden. Es ist daher inakzeptabel, dass das Bundesteilhabegesetz keine klare und verbindliche Perspektive zum Ausstieg aus dem Bedürftigkeitsprinzip aufzeigt, ja nicht einmal einen Prüfauftrag zur künftigen Abschaffung der Einkommens- und Vermögensberücksichtigung formuliert.

2. Sehbehinderte Menschen dürfen nicht von Leistungen der Eingliederungshilfe ausgeschlossen werden. Vollkommen inakzeptabel ist die beabsichtigte Konzentration der Eingliederungshilfe allein auf die Menschen, die in fünf von neun Lebensbereichen technische oder personelle Hilfe benötigen. Es darf nicht passieren, dass beispielsweise sehbehinderten jungen Menschen die Aufnahme eines Hochschulstudiums allein deshalb unmöglich wird, weil die oft teuren Hilfsmittel oder Studienassistenten nicht mehr wie bisher über die Eingliederungshilfe finanziert werden können, oder dass sehbehinderten Schülern der Erwerb des Abiturs unmöglich wird, nur weil ab der Oberstufe niemand mehr ihre Hilfsmittel bezahlt. Es darf auch nicht passieren, dass sehbehinderte Menschen davon ausgeschlossen werden, sich ehrenamtlich zu engagieren, weil sie von vornherein keinen Zugang zu den Unterstützungsleistungen der Eingliederungshilfe mehr haben.

3. Im Alltag sind Hilfsmittel gerade für blinde, sehbehinderte und taubblinde Menschen unverzichtbar. Der weite Hilfsmittelbegriff, der bislang auch Gebrauchsgegenstände des täglichen Lebens einbezieht, beispielsweise spezielle Beleuchtungssysteme, darf nicht abgeschafft werden.

4. Mit dem Bundesteilhabegesetz muss Taubblindheit als Behinderung eigener Art endlich anerkannt werden, ebenso die damit verbundenen Bedarfe. Das im Schwerbehindertenausweis neu vorgesehene Merkzeichen muss „TBI“ heißen. Eine Bagatellisierung dieser schwerwiegenden Teilhabebeeinschränkung, wie sie durch

das vorgesehene Merkzeichen „aHS“ für „außergewöhnlich hörsehbehindert“ droht, und die dahinter stehende Absicht, das Merkzeichen dauerhaft nicht mit den Nachteilsausgleichen zu verknüpfen, die es für blinde und gehörlose Menschen gibt, wird von uns aufs Schärfste verurteilt. Die erforderliche Unterstützung, u. a. durch spezielle Assistenz- und Dolmetscherleistungen, muss sichergestellt werden, was im Gesetz Nachbesserungen bei der Ausgestaltung der Assistenzleistungen und der Leistungen für Kommunikation erfordert. Wir fordern, was unser Recht ist: ein Gesetz, das der UN-Behindertenrechtskonvention entspricht und den verschiedenen Behinderungsarten gerecht wird. Wir fordern die verantwortlichen Politiker im Land Bremen auf, im Gesetzgebungsverfahren auf Nachbesserungen am Bundesteilhabegesetz hinzuwirken.“



Wilhelm Winkelmeier

Kurz vor 15 Uhr beendete Wilhelm Winkelmeier die Kundgebung mit dem Aufruf, die Umsetzung der verschiedenen Forderungen engagiert zu verfolgen, und versprach ein Wiedersehen beim 25. Protesttag im nächsten Jahr.

Sowohl die Redebeiträge während des Demonstrationzugs durch die Bremer Innenstadt als auch bei der Kundgebung auf dem Bremer Marktplatz wurden in Gebärdensprache übersetzt. Über den 24. Protesttag wurde auf der Homepage Radio Bremens berichtet sowie ein Fernsehbeitrag am 3. Mai 2016 in buten un binnen gesendet.



Woran erkennt man eine barrierefreie Stadt?

Zum Beispiel an ihren Bussen und Straßenbahnen, wenn Menschen im Rollstuhl, aber auch sehbehinderte Menschen selbstständig damit fahren können.

Zum Beispiel an ihren Kneipen und Restaurants, in denen auch Menschen im Rollstuhl einen Tisch finden und nicht vorzeitig gehen müssen, nur weil sie mal auf Klo müssen.

Zum Beispiel daran, dass zur Rathaustür eine Treppe und auch eine Rampe führt.

Zum Beispiel daran, dass es alle wichtigen Informationen von Ämtern und Behörden auch in leichter Sprache, in Gebärdensprache oder als Audio-Datei gibt.

Zum Beispiel daran, dass es genug bezahlbare Wohnungen gibt für Menschen, die keine Treppen (mehr) steigen können.

Zum Beispiel daran, dass jeder Mensch seinen Kinobesuch danach planen kann, welcher Film gerade läuft – und nicht danach, wieviel Stufen ein Kino hat.

Behinderte Menschen haben ein Recht auf gleichberechtigte Teilhabe. Das geht nicht ohne Barrierefreiheit!

Viel ist schon erreicht, viel noch zu tun. Prüfen Sie selbst: Wie barrierefrei ist Bremen?